

**Niederschrift über die öffentliche und nicht öffentliche Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 21.09.2010**

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Elke Grünewald
Herr Gerhard Henrichsmeier
Herr Erwin Jung
Herr Frank Strothmann

SPD

Frau Brigitte Biermann
Frau Barbara Schneider
Herr Ingo Stucke
Herr Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Iris Ober

BfB

Herr Johannes Delius

FDP

Herr Friedhelm Bolte

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Von der Verwaltung

Frau Wemhöner, Amt für Finanzen und Beteiligungen
Herr Knossalla, Rechnungsprüfungsamt
Herr Linnenbrügger, Rechnungsprüfungsamt, Schriftführer

Zu Punkt 1

**Beratung des Doppel-Haushaltsplan- und Stellenplanentwurfs
2010/2011 für das Rechnungsprüfungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1356/2009-2014

Aus den Reihen des Ausschusses werden Fragen insb. zu den Auswirkungen der Stellenreduzierung im Rechnungsprüfungsamt in Bezug auf die Aufgabenerledigung und die Zielerreichung gestellt. Dabei wird es als kritisch angesehen, den Bereich der Sondervermögen weniger intensiv zu prüfen.

Herr Knossalla verweist auf die im HSK dargestellten Auswirkungen und erklärt, dass über die Hinwendung zum risikoorientierten Prüfungsansatz und den Einsatz von Prüfsoftware versucht wird, den Personalabbau zu kompensieren. Aus seiner Sicht können die Prüfaufgaben noch in ausreichendem Maß wahrgenommen werden.

Herr Linnenbrügger teilt mit, dass die in der Beschlussvorlage enthaltenen Beträge der ordentlichen Aufwendungen aufgrund einer falschen Verrechnung im SAP-System geändert werden müssen und zwar bei der Produktgruppe 11.01.05 auf 981.893 € (2010) und 989.164 € (2011) sowie bei der Produktgruppe 11.01.62 auf 23.991 € (2010) und 24.173 € (2011).

Unter Aufnahme der in der Diskussion angesprochenen Punkte fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Beschlussvorlage 1356/2009-2014 wird vorbehaltlich der Schlussabstimmung im Finanz- und Personalausschuss zugestimmt.

Das Rechnungsprüfungsamt wird gebeten, Mitte nächsten Jahres über die tatsächlichen Auswirkungen der HSK-Maßnahme zu berichten.

In diesem Zusammenhang soll auch eine Zieldiskussion zwischen Ausschuss und Amt geführt werden; die vereinbarten Ziele sollen dann in den Haushalt 2012 übernommen werden.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

(Bolte)

(Linnenbrügger)